



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Klaus Adelt SPD**

Agenda Bayerns zur Verhinderung einer Eskalation des Handelsstreits mit den USA

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Initiativen und Maßnahmen sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten ergreift, um ein koordiniertes politisches Vorgehen Bayerns mit Partnern aus der Wirtschaft und des Bundes zu ermöglichen und eine Eskalation des Handelsstreits mit den USA und ein Klima der Abschottung zu verhindern.

In dem Bericht ist insbesondere darauf einzugehen, welche konkrete Agenda die Staatsregierung für den Fall einer weiteren Eskalation des Handelsstreits mit den USA erstellt, damit eine regelbasierte internationale Handelsordnung für die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA erhalten bleiben kann.

Begründung:

Nachdem die US-Regierung Strafzölle auf Stahl und Aluminium gegenüber der Europäischen Union beschlossen hat, droht die Gefahr, dass diese Strafzölle auch auf Bayerns wichtigstem Exportmarkt, den Leitindustrien Automobil- und Maschinenbau, eine Kettenreaktion auslösen.

Betreffen Aluminium und Stahl nur 0,1 Prozent der bayerischen Exporte in die Vereinigten Staaten, so würde dies bei einer Ausweitung der Strafzölle für die beiden genannten Branchen 40,6 Prozent und 18 Prozent ausmachen. Im vergangenen Jahr wurden Waren aus Bayern im Wert von 21,5 Mrd. Euro in die USA exportiert, allein 8,7 Mrd. Euro betrafen die Warengruppe Fahrzeuge und 3,8 Mrd. Euro die Warengruppe Maschinen. Weit über 50 Prozent des bayerischen Exports in die USA wären somit bei weiteren US-Strafzöllen massiv betroffen und Gift für die bayerische Wirtschaft. Bayerische Unternehmen beschäftigen in den USA fast 190.000 Menschen.

Angesichts dieser Größenordnung muss auch von der Staatsregierung alles daran gesetzt werden, um dem drohenden Protektionismus im Welthandel zu begegnen.

War man nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten vonseiten der Staatsregierung am Anfang noch sehr optimistisch, so erfordern die jüngsten Strafzölle und insbesondere weitere drohende Strafzölle auf die Leitbranche der bayerischen Wirtschaft entsprechende Vorbereitungen und Vorsichtsmaßnahmen.

Bayern ist deshalb aufgefordert, mit den Partnern aus der Wirtschaft und des Bundes umgehend eine Agenda für ein koordiniertes politisches Vorgehen mit zu erstellen und auf den Weg zu bringen.